

Protokoll:**Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit. Bestätigung der Tagesordnung**
Der Ausschussvorsitzende begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend machte er auf die fristgemäße Einladung und öffentliche Bekanntmachung aufmerksam. Danach wurde die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
18	15	0	15	0	0

2. **Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung 10.09.2008**
Der Ausschussvorsitzende verwies auf die Verfahrensweise zum Mitwirkungsverbot gem. § 31 GO LSA zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung.

3. **Bestätigung der Niederschrift der Sitzung des Gemeinschaftsausschusses vom 10.09.2008**
Ohne Änderungen wurde die Niederschrift bestätigt.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
18	15	0	13	0	2

4. **Einwohnerfragestunde**
Dieser Top entfiel, da keine Einwohner anwesend waren.

5. **Sachkostenansatz für das Haushaltsjahr 2009**
Vorlage: GA-BV-034/2009
Ohne Diskussion wurde die Vorlage beschlossen.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
18	15	0	15	0	0

6. **Personalkostenansatz für das Jahr 2009**
Vorlage: GA-BV-035/2009
Herr Lutze bat um Erläuterung zur Erhöhung der Personalkostenumlage. Frau Simon legte dar, dass 3 Gründe zur Erhöhung der Personalkosten geführt haben.

1. die sinkende Einwohnerzahl
2. die Tarifierhöhung, die auch schon im Jahr 2008 anstand, aber durch die Entnahme aus der Rücklage gedeckelt wurde, nun aber in den Personal-kostenansatz einfließt,
3. der einheitliche Krankenkassenbeitrag, wobei zu bemerken ist, dass sich zuvor 2/3 der Arbeitnehmer in bedeutend günstigeren Krankenkassen be-fanden.

Frau Berlin ergänzte, dass die Stadt ein straffes Personalkonsolidierungskonzept durchgesetzt hat, ansonsten würde die Personalkostenumlage noch höher ausfal-len.

Die Kommunalaufsichtsbehörde hat schon 2008 bei der Genehmigung des Stadthaushaltes eingeschätzt, dass die Kommune mit ihrem Personalstand an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit steht. Wichtig ist es nun, junge, gut ausge-bildete Kräfte einzustellen, da diese einmal günstiger sind als ältere Arbeitnehmer und zum anderen durch ihre Qualifikation leistungsfähiger und effektiver.

Herr Kurt Schröter schlug vor, vor der Beschlussfassung der Personal- und Sachkostenansätze diese vom Rechnungsprüfungsamt kontrollieren zu lassen, um sicher zu gehen, dass die Zahlen rechtens seien.

Frau Berlin irritierte dieser Vorschlag, denn bei den Personalkosten handelt es sich um feste Plangrößen.

Frau Simon ergänzte, dass die beigefügten Anlagen zur Beschlussvorlage explizit aufgliedern, wie sich die Personalkosten zusammensetzen, und sie kann sich nicht vorstellen, was hierbei vorab geprüft werden sollte.

Dem stimmte der Vorsitzende zu. Die Untersetzung ist nachvollziehbar und stimmt mit dem Stellenplan der Stadt überein.

Ohne weitere Diskussion wurde die Vorlage einstimmig beschlossen.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
18	15	0	15	0	0

7. Personal- und Sachkostenumlage für das Jahr 2009

Vorlage: GA-BV-036/2009

Der Vorsitzende stellte die Vorlage vor, die in dieser Form erstmalig vom Ge-meinschaftsausschuss so zu beschließen ist. In den vorangegangenen Vorlagen ging es um den Betrag als solches und in dieser Vorlage darum, dass diese Be-träge auch an die Trägergemeinde abgeführt werden. Die Sinnhaftigkeit dieses Beschlusses erschließt sich ihm nicht vollends, aber da es so von der KAB gefor-dert wird, kann er dem nichts entgegensetzen.

Frau Simon stimmte dem Vorsitzenden zu; es gab da bei den Landkreisen ver-schiedene Rechtsauffassungen und man hat sich dazu auch beim Land befragt, aber als Ergebnis muss diese Vorlage formell beschlossen werden.

Mitglieder			Abstimmungsergebnis		
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
18	15	0	15	0	0

8. Anträge, Anfragen und Mitteilungen

Der Vorsitzende ging noch einmal kurz auf die neue Zusammensetzung des Gemeinschaftsausschusses ein, die sich ab 1.3.2009 wiederum ändern wird.

Herr Petrasch fragte zum Stand Verwaltungsgebäude ehemals Rosseltal nach. Frau Simon informierte, dass es ab 1.1.2009 einen unbefristeten Mietvertrag mit der Stadt Dessau gibt. Seit 15.2.2009 zieht das technische Rathaus Dessau in das Objekt. Die A & O wird 2009 weiter Verwalter sein, aber im laufenden Jahr gekündigt werden. Die eingehende Miete wird auf ein Hauskonto abgeführt, mit Stand 31.12.2008 waren hier 80 T€ verbucht. Da man als Vermieter auch Pflichten hat, mussten anteilig Rechnungen bezahlt werden, z. B. für die Reparatur der Heizung und für Baumaßnahmen am rechten Außenteil gegen aufsteigende Nässe. Diese Rechnungen werden aus dem Hauskonto beglichen. Weiterhin liegen noch Kredite auf dem Objekt, deren Umschuldung erst 2010 und 2011 fällig sind. Von daher empfiehlt sie keine Auszahlung an die Gemeinden aus dem Hauskonto. Zurzeit gibt es Verhandlungen mit Dessau mit dem Ziel, dass Dessau das Verwaltungsgebäude komplett übernimmt.

Nachdem es keine weiteren Anfragen und Mitteilungen gab, beendete der Vorsitzende diese Sitzung.

Coswig (Anhalt), den 26.02.2009

W. Tylsch
Ausschussvorsitzender

Engel
Protokollantin